

Antragsbuch
4. SDMV-Abstimmung
18. Dezember 2013

Vorwort

Dieses Antragsbuch enthält alle Anträge, die bei der 4. SDMV-Abstimmung am 18. Dezember 2013 behandelt werden. Es ist jeweils nur der Wortlaut des Textes angegeben, über den abgestimmt wird. Begründungen und andere Informationen, die in der Antragsfabrik (<http://wiki.piratenpartei.de/RP:Antragsfabrik>) angegeben sind, sind nicht Teil des Antrags.

Als zentraler Diskussionskanal für die SDMV dient die Mailingliste
rlp-antragsdisskusion@lists.piratenpartei.de

Ihr könnt sie hier abonnieren:

<https://service.piratenpartei.de/listinfo/rlp-antragsdiskussion>

Sie ist auch mit dem Forum synchronisiert (Anmeldung im Forum erforderlich):

<http://news.piratenpartei.de/forumdisplay.php?fid=799>

Dieses Mal wird es außerdem am 10. und am 13. Dezember Mumble-Sitzungen geben, bei denen man sich dezentral über die Anträge austauschen kann. Die Sitzungen finden jeweils ab 20 Uhr auf dem NRW-Server im Raum Rheinland-Pfalz -> Politikforum statt.

Hinweise zur Installation von Mumble findet ihr unter

<http://wiki.piratenpartei.de/Mumble>

Bitte nutzt die euch zur Verfügung stehenden Kanäle um im Vorfeld Fragen zu klären und um den Antragstellern Anregungen und Kritik zukommen zu lassen. Eine offizielle Offline-Aussprache findet nicht statt.

Liebe Grüße,
Sebastian Degenhardt

Beisitzer des Landesvorstands Rheinland-Pfalz
Abstimmungsleitung SDMV

Mainz, 06.12.2013

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|---|
| Vorwort | 2 |
| Programmanträge | 4 |
| 2013.6/001 Keine Massenvernichtungswaffen in Rheinland-Pfalz..... | 4 |
| 2013.6/002 Neufassung Säkularisierung der Bildung | 4 |
| 2013.6/003 Säkularisierung..... | 4 |
| 2013.6/004 Kapitel Hochschulfinanzierung und Nachwuchsförderung streichen | 5 |
| 2013.6/005 Recht auf körperliche Unversehrtheit | 5 |
| 2013.6/006 Neufassung Sozialpolitik | 5 |
| 2013.6/007 Eingang zum Lehrerberuf strenger bewachen | 6 |
| 2013.6/008 Verkehrslärm | 6 |

Programmanträge

2013.6/001 Keine Massenvernichtungswaffen in Rheinland-Pfalz

An passender Stelle unter "Sicherheitspolitik unter Achtung der Bürgerrechte" wird folgender Unterpunkt eingefügt:

Keine Massenvernichtungswaffen in Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz ist das einzige Bundesland, in dem Atomwaffen der Vereinigten Staaten im Rahmen der "nuklearen Teilhabe" gelagert werden. Wir wollen dafür sorgen, dass alle in Rheinland-Pfalz gelagerten Atomwaffen abgezogen und möglichst vernichtet werden.

Wir lehnen jegliche Massenvernichtungswaffen ab und sprechen uns entschieden dagegen aus, dass diese in Rheinland-Pfalz erforscht, gebaut, getestet oder gelagert werden.

2013.6/002 Neufassung Säkularisierung der Bildung

Der bestehende Absatz "Säkularisierung der Bildung" im Wahlprogramm wird folgendermaßen neu gefasst:

Öffentliche Bildungseinrichtungen müssen weltanschaulich und religiös neutral sein. Der bisher im Schulgesetz vorhandene Religions- und Gottesbezug soll deswegen gestrichen werden. Staatlich finanzierte oder teilfinanzierte Schulen müssen bekenntnisfrei sein. Religions- und Ethikunterricht werden in diesen Schulen nicht mehr angeboten. Stattdessen sind ethische Fragestellungen fächerübergreifend zu behandeln.

2013.6/003 Säkularisierung

Der Landesparteitag möge beschließen, das Kapitel "Trennung von Staat und Religion" um folgenden Abschnitt zu erweitern:

Aufhebung des Reichskonkordats

Wir sprechen uns für eine konsequente Trennung von Staat und Religionsgemeinschaften aus. Hierzu wollen wir das Reichskonkordat von 1933 zwischen dem NS-Regime und der katholischen Kirche aufgekündigen, da darin Privilegien für die katholische Kirche formuliert wurden, die unserem Verständnis von einem säkularen Staat widersprechen und die Ungleichbehandlung von Religionsgemeinschaften zulassen. Niemand darf wegen seines Glaubens benachteiligt oder bevorzugt werden. Das Gleichberechtigungsgebot ist einzuhalten.

Die Aufhebung des Konkordats ebnet den Weg für Reformen.

- rechtliche Gleichsetzung des Beichtgeheimnisses mit der ärztlichen Schweigepflicht
- Religionsgemeinschaften sind als gemeinnützige Vereine freier in ihrem Handeln.
- Kirchliche Trauungen sollen auch unabhängig von der Zivilehe möglich sein.

2013.6/004 Kapitel Hochschulfinanzierung und Nachwuchsförderung streichen

Das Kapitel "Hochschulfinanzierung und Nachwuchsförderung" wird aus dem Wahlprogramm gestrichen.

2013.6/005 Recht auf körperliche Unversehrtheit

In das Landeswahlprogramm wird im Abschnitt "Für ein selbstbestimmtes Leben" folgender Unterabschnitt eingefügt:

Recht auf körperliche Unversehrtheit

Das Recht von Kindern und Jugendlichen auf körperliche Unversehrtheit und sexuelle Selbstbestimmung muss Vorrang vor dem Recht der Eltern auf Erziehungs- und Religionsfreiheit haben.

Aus diesem Grund lehnen wir nicht medizinisch notwendige und nicht aus eigenem Antrieb des mündigen Betroffenen erfolgende Eingriffe an den Genitalien und in die sexuelle Identität ab.

Dies sind insbesondere

- alle Formen der Beschneidung aus religiösen, kulturellen, sozialen oder prophylaktischen Gründen,
- alle auf gesellschaftlichen Zwang erfolgenden Schönheitsoperationen,
- das Geschlecht festlegende Maßnahmen bei Intersexuellen sowie
- rein kosmetische Korrekturen angeborener Fehlbildungen.

Der am 12.12.2012 durch den Deutschen Bundestag beschlossenen §1631 d BGB (sogenanntes "Beschneidungsgesetz") soll wieder gestrichen werden.

2013.6/006 Neufassung Sozialpolitik

Der Inhalt des Kapitels Sozialpolitik des Landeswahlprogramms wird folgendermaßen neu gefasst:

Der Grad an individueller Freiheit ist in unserer derzeitigen Gesellschaft in einem hohen Maß mit dem Besitz von Geld verknüpft. Geld entscheidet, welche Kindergärten und Schulen man besuchen kann, welche Behandlungsmethoden das Gesundheitssystem bietet, welche Absicherung man im Falle von Arbeitslosigkeit besitzt und nicht zuletzt, welche Lebensumstände einen Menschen im Alter erwarten. Auch das Maß an zur Verfügung stehender Freizeit und wie man diese Freizeit nutzen kann, hängt individuell vom Vermögen ab.

Aus diesem Grund nimmt Geld und vor allem dessen Beschaffung eine zentrale Rolle in unserem Alltag ein. Die Angst vor Arbeitslosigkeit und dem darauf folgenden sozialen Abstieg sorgt dafür, dass Existenz- und Zukunftsängste unsere gesamte Gesellschaft stark belasten. Diese Ängste werden außerdem immer häufiger ausgenutzt um Menschen in Beschäftigungsverhältnisse zu zwingen, die nicht ausreichend vergütet werden und zudem fragwürdige Arbeitsbedingungen bereithalten.

Wir fordern daher ein Sozialsystem, das Menschen diese Ängste nimmt und ihnen damit ermöglicht, sich aus freien Stücken und gemäß ihrer Interessen und Fähigkeiten eine Beschäftigung zu suchen. Die Abwägung, ob man eine Arbeit gewerbsmäßig (materieller Lohn) oder ehrenamtlich (emotionaler Lohn) übernimmt, soll jedem Menschen freigestellt sein.

Jeder Mensch hat das Recht auf eine gesicherte Existenz sowie auf Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Dies hat das Sozialsystem bedingungslos sicher zu stellen.

1.1 Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)

Als vielversprechendste Lösung für dieses Problem sehen wir ein bundesweites oder gar EU-weites bedingungsloses Grundeinkommen an. Hierbei wird jedem Menschen der gleiche monatliche Grundbetrag ausgezahlt. Einnahmen durch Erwerbsarbeit kommen hinzu und werden nicht mit dem BGE verrechnet.

Dafür entfallen Steuerfreibeträge auf Einkommen, staatliche Transferleistungen (ALG II, BAföG, Kindergeld, Grundsicherung im Alter etc.) sowie die damit zusammenhängenden Bedarfsprüfungen. Hierdurch wird der Verwaltungsapparat in hohem Maße reduziert, was einerseits Kosten senkt und andererseits die Abhängigkeit der Bedürftigen vom Gutdünken der Sachbearbeiter beendet.

Zwei entscheidende Punkte bei der Einführung des Grundeinkommens sind dessen Höhe und Finanzierung. Hierzu gibt es bereits mehrere realistische Modelle, wobei wir uns bewusst nicht auf eines festlegen. Wir wollen vielmehr dazu beitragen, die Diskussion über das Grundeinkommen in die Gesellschaft zu tragen, um ein breites Bewusstsein für dessen Wert zu schaffen. Ob es eingeführt werden soll, muss über einen Volksentscheid ermittelt werden. Ebenso sollen Höhe und Finanzierungsmodell nicht von der Politik, sondern von den Bürgern selbst festgelegt werden.

[2013.6/007 Eingang zum Lehrerberuf strenger bewachen](#)

Im Wahlprogramm im Kapitel Bildung im Abschnitt Grundsätze soll am Ende des Unterabschnittes Bildung in Deutschland folgender Text eingefügt werden:

Ausgehend von der Tatsache, dass die Lehrerkräfte die wirkmächtigsten Akteure im System Schule sind, wollen wir dass die Eignung für ein Lehramtsstudium durch ein unverbindliches eignungsdiagnostisches Verfahren vor Beginn des Studiums festgestellt wird.

[2013.6/008 Verkehrslärm](#)

Die Kapitel Flugverkehrsbelastung minimieren und Maßnahmen zur Lärm- und Erschütterungsvermeidung im Bahnverkehr des Landeswahlprogramms werden als Unterpunkte in das Umweltkapitel zwischen die Abschnitte Umweltgerechte Mobilität und Lichtverschmutzung verschoben.